

Auflösung des ägyptischen Parlaments.

Kaiserliche Verschönerung der Sage.

Sonbon, 5. Dez. Wie die „Daily Mail“ meldet, hat Asquith gestern die englische Regierung davon unterrichtet, daß man im Laufe der strafrechtlichen Ermittlungen in Kairo einen Plan der ägyptischen Nationalisten entdeckt habe, prominente Mitglieder der englischen Regierung zu ermorden. Diese Mitteilung ist gestern in einer Sonder Sitzung des Kabinetts erörtert worden, und der Innenminister soll nach Rücksprache mit der Londoner Kriminalpolizei eine Überwachung aller Minister durch Detektive und eine Überwachung aller Londoner Ministerien durch starkbewaffnete Kriminalschutzleute angeordnet haben.

Aus Kairo wird gemeldet, daß Abgeordnete der ägyptischen nationalistischen Partei dem König Fuad eine Petition überreicht haben, auf die hin die Minister einen dreistündigen Kabinettsrat hielten. Zwar Pascha berief darauf den Präsidenten des Parlamentes zu sich und teilte ihm mit, daß das Kabinett die Parlamentsauflösung beschlossen habe.

Kairo, 5. Dez. Das Kriegsgericht hat 4 an dem Aufstand des sudanesischen Bataillons in Khartum beteiligte Offiziere zum Tode verurteilt. Drei wurden heute erschossen, ein Todesurteil ist in 15 Jahre Gefängnis umgewandelt worden.

Wählt keine Zwergparteien!

Die Reichsregierung hat bereits in ihrem Wahlauftrag vom 21. Oktober vor der Parteienzuspaltung gewarnt: „Nicht in der Zersplitterung liegt das Heil, sondern im Streben zum Ganzen und zur Einheit.“

Gleichwohl haben auch für die Dezemberwahlen wieder viele kleine und kleinste Sondergruppen eigene Wahlvorschläge eingereicht. Um ein Mandat zu erhalten, müssen auf einen Wahlvorschlag mindestens 8000 Stimmen entfallen. Durch Zusammenrechnung der Reststimmen in den Wahlkreiserbänden kann ein Mandat nur zugeteilt werden, wenn wenigstens einer der Verbandwahlvorschläge mindestens 3000 Stimmen erhalten hat. Einem Reichswahlvorschlag kann höchstens die gleiche Zahl von Mandaten zugeteilt werden, die auf die ihm angeschlossenen Kreiswahlvorschläge entfallen sind. Diese Vorschriften des Reichswahlgesetzes sollen bewußt die Bildung von Zwergparteien erschweren. Bei der letzten Wahl sind so 842 260 Stimmen, die für Zwergparteien abgegeben wurden, ohne Einfluß auf die Zusammensetzung des Reichstages geblieben. Die Wähler haben also nicht erreicht.

Der Sohn des Reichspräsidenten und die „Kandelaber“.

Berlin, 5. Dez. Der Sohn des Reichspräsidenten Fritz Ebert richtet an den „Vorwärts“ eine Zuschrift, in der er sich dagegen verwehrt, in Hohenberg eine „Wortrede“ gehalten zu haben. In der Versammlung habe ein deutschnationaler Diskussionsredner die Frage aufgeworfen, wer denn seinerzeit die Volksbeauftragten gewählt habe und woher sie das Recht nähmen, sich Volksbeauftragte zu nennen. Daraufhin habe er erwidert, die Volksbeauftragten seien von denen gewählt worden, die den Mut aufgebracht hätten, sich der hereinbrechenden Katastrophe entgegenzustellen und Deutschland wieder zu normalen Verhältnissen zurückzuführen. Er habe hinzugefügt: „Wenn Sie heute wieder so auftreten, wie Sie es tun, dann verdanken Sie es nur unserer Loyalität, denn Kandelaber gab es genug, und die Macht hatten wir auch. Aber unsere Duldsamkeit gegenüber den politischen Gegnern ist eben größer als die Ihrige.“

Politische Rundschau.

Der Nachtragshaushaltsplan für 1924.

Dem Landtage ist gestern der Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für 1924 zugegangen. Der ordentliche Haushalt balanciert mit 8 898 080 Mark in Einnahmen und Ausgaben, der außerordentliche Haushalt mit 990 000 Mark.

Weitere Mehrausgaben umfassen allgemeine Regierungsangelegenheiten 788 000 M., Justizministerium, das nach Hospitalstraße 7 verlegt werden soll, 100 000 M., Gerichte 181 900 M., Kreis- und Amtshauptmannschaften 120 820 M., bei der Landespolizei 1 048 500 M., bei den Polizeidirektoren 1 821 870 M. (Einnahmen 794 780 M.), bei der Kriegerversorgung 225 000 M., beim Landesfürsorgeverband 1 280 000 M., bei den gewerblichen und Handelsschulen 870 800 M., bei den Staatsstrichen 1 818 080 M., bei den höheren Lehranstalten 801 400 M. (Einnahmen 100 000 M.), bei den Volkshochschulen 18 508 900 M. (Einnahmen 4 580 000 M.). Der Rücklage werden zur Deckung dieses Mehrbedarfs 12 589 070 M. entnommen.

Für Schulförderleistungen werden 250 000 M. beantragt, die Deutsche Böhmerlei soll 15 500 M., das Reichamt in Leipzig 85 000 M. erhalten. Zur Tilgung von Unweiteschäden werden 90 000 M. angefordert, ferner 45 000 M. zur Errichtung des Braunkohlenforschungsinstituts und 895 000 M. zur Unterstützung der Rentner der Altersrentenbank. Die Hälfte der vom Staat angelegten Mittel zur Linderung der Erwerbslosigkeit kommen durch Rückgang der Erwerbslosigkeit in Fortfall.

Die neuen Beamtengehälter in Sachsen.

Das Ministerium des Innern, das Volksbildungsministerium und das Finanzministerium erlassen eine gemeinsame Verordnung zur Neuregelung der Beamtenbeförderung. Es heißt da: Unter Vorbehalt und bis zu einer gesetzlichen Regelung sind den planmäßigen Beamten und Beamten die Grundgehälter nach den neuen Tarifen, die Kinderbeihilfen in Höhe von 18, 20 und 22 Rentenmark monatlich und die Ehefrau-Beihilfe in Höhe von 12 Rentenmark monatlich zu zahlen. Der örtliche Sonderzuschlag von 5 v. H. für die Beamten, die ihren dienstlichen Wohnsitz in Berlin haben, tritt

auch zu den erhöhten Bezügen. Die sich so ergebenden Beträge sind mit Wirkung vom 18. November ab für die Befoldungsgruppe M, 1-4, und für die übrigen vom 1. Dezember 1924 ab zu gewähren.

Hamburg, 5. Dez. Vor einem hiesigen Schöffengericht hatte sich heute der Herausgeber des in Leipzig erscheinenden „Hammer“ Theodor Feitsch wegen Beleidigung des Hamburger Bankiers Max Warburg und des Dr. Karl Melchior zu verantworten. Der Klage liegt ein Artikel in dem genannten Blatt zu Grunde, der die Ueberschrift trägt „Der heimliche Kaiser“. Feitsch warf darin Warburg und Dr. Melchior vor, den Interessen der jüdischen Internationale vaterländische Interessen geopfert zu haben. Das Gericht verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis.

San Juan de Portorico, 5. Dez. (Durch Funkdruck.) Der frühere Diktator von Venezuela Castro ist in der Verbannung gestorben.

Aus Stadt und Land.

Aus, 6. Dezember.

Merkblatt für den Wähler.

Bist du Deutscher und über 20 Jahre alt, kannst du am Sonntag an der Reichstagswahl teilnehmen. Voraussetzungen aber ist dazu Eintrag in der Wählerliste oder Besitz eines Stimmzettels.

Gehe zeitig zur Wahl und in Gemeinschaft mit allen Wahlberechtigten in deinem Hause, denn das erleichtert das Wahlgeschäft. 9 Uhr vormittags beginnt die Wahlhandlung, 6 Uhr nachmittags endigt sie. Geht du vormittags, entgeht du starkem Andrang.

Wegiß deinen Ausweis nicht. Jede Art von Ausweis genügt.

Denke daran, daß der Stimmzettel amtlich hergestellt ist. Du erhältst ihn in der Wahlstelle von einem Wahlgehilfen ausgehändigt. Am besten kennzeichnest du den Wahlvorschlag, den du wählen willst, durch Einzeichnen eines Kreuzes in den Kreis, der auf dem Stimmzettel neben der Partei, für die du stimmst, vorgezeichnet ist. Für Bleistifte ist gesorgt.

Öffentliche Wahlversammlung der Deutschdemokratischen Partei.

Trotz des unruhigen, regnerischen Wetters und trotz der niedrigen Kampfweise der vereinigten Reichsparteien, die in ihren Wahlauftrufen vor keiner noch so erbärmlichen Verleumdung der Deutschdemokratischen Partei zurückschrecken, eine gutbesuchte Versammlung. Eine Versammlung, in der der Hauptredner des Abends, Landgerichtsdirektor Probus, der Spitzenkandidat der Deutschdemokratischen Partei im hiesigen Wahlkreis, in einer glänzend angelegten Rede die Politik der Deutschdemokratischen Partei offen darlegte und mit deren Gegnern in einer so gründlichen Weise abrechnete, daß fast nichts mehr zu sagen übrig blieb. Von den politischen Vorgängen in Reichstagsausgängen, die infolge der Rechtschwelung der Deutschen Volkspartei zu dessen Auflösung führten, verteilte Redner die Haltung der Deutschdemokratischen Partei, die es entschieden ablehne, eine Rechtsregierung mit den Deutschnationalen zu bilden, die Träger des Revanchegedankens ist und mit Ausnahme von 48 Jüngern gegen die Damesgesetz gestimmt hat und sie auch heute noch bekämpft. Wäre die Erweiterung der Regierung nach rechts zustande gekommen, hätte dies im Ausland den Eindruck erweckt, daß Deutschland nicht an eine ehrliche Durchführung der Damesgesetz denke, auf Grund deren Annahme wir die Erfolge der Räumung der besetzten Gebiete, die Befreiung der Gefangenen, die Rückkehr von 200 000 vertriebenen Volksgenossen, Aufhebung der Zollgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet und die Rückgabe der Eisenbahnen zu verzeichnen haben, die mit einem Poincare gegenüber niemals erzielt hätten. Durch die Bildung einer Rechtsregierung wäre Deutschland in eine schwere Gefahr gestürzt worden, deshalb das entschiedene Nein der Demokraten. Nachdem Herr Probus in einem besonderen Kapitel die Arbeitsunfähigkeit des alten Reichstages an markanten Beispielen gezeigt, ging er zu den am Sonntag bevorstehenden Neuwahlen über und trat unter Ablehnung der Splitterparteien für Zusammenstoß auf nur wenige Parteien, Schaffung kleinerer Wahlkreise, Festsitzung der Alterswahl und Erhöhung des Wahlalters auf 20 Jahre ein. Redner präziserte Johann die Stellung der Deutschdemokratischen Partei gegenüber der Sozialdemokratie, die nicht durch Ausschaltung radikalisiert, sondern zur Mitarbeit heranzuziehen ist. Von der Sozialdemokratie trennt und die wirtschaftliche Auffassung, die die Demokratische Partei die Sozialisierung ablehnt und sich für die freie Wirtschaftsform, am freien Wettbewerb. Weitere Ausführungen des Redners galten der Stellung der Parteien zu der republikanischen Staatsform, deren schärfste Gegner die Deutschnationalen sind, dem Streit um die Flaggenfrage und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das von den republikanischen Parteien zum Schutze der Republik ins Leben gerufen worden ist. Im Anschluß an diese Fragen behandelte Redner auch den katastrophalen Zusammenbruch im November 1918, wobei er den Deutschnationalen und Böhmisches mit treffenden Wahrheiten dienste und das Verhalten Ludendorfs gefährlich brandmarkte, der mit dreifacher Stärke die Schuld an dem Zusammenbruch dem deutschen Volke zuschob, das so gewaltige Opfer an Gut und Blut gebracht hat. Erschöpfend, klar und deutlich wurden die Stellung der Deutschdemokratischen Partei gegenüber dem Antisemitismus und Pazifismus präzisiert und die diesbezüglichen Angriffe und Vorwürfe der Gegner als haltlos zurückgewiesen.

Zu den wirtschaftlichen Fragen übergehend, beantwortete Redner eine gerechte soziale Gesetzgebung, Schutz gegen den Preisterror der Kartelle, soziale Befolungs-Politik, Schaffung eines neuzeitlichen Beamtenrechts unter Grundlegung des Entwurfes des Deutschen Beamtenbundes. Die Demokratische Partei lehnt es ab, Vertreterin von Son-

berintereffen zu sein, wie es z. B. die Deutschnationalen Partei mit ihrer Forderung von Schutzgöllen für die Großagrarier ist. Unter Ablehnung auch von Jöllen für die Schwerindustrie befaßwortet die Demokratische Partei eine Handelsvertragspolitik, die uns einen ungehinderten Export nach allen Ländern ermöglicht. Die Stellungnahme der Deutschdemokratischen Partei zu den im Vordergrund stehenden Fragen Aufwertung und Steuerreform wurde vom Redner ausführlich behandelt. Die D. D. P. hält eine Aufwertung über den Rahmen der 8. Steuernotverordnung hinaus für unbedingt notwendig. Die Deutsche Demokratische Partei will, daß die 8. Steuernotverordnung aufgehoben wird und daß die Aufwertung der Mängel, der kleinen Spärer, der notleidenden Kleinrentner so hoch wie möglich erfüllt werden. Die Aufwertung muß auch die öffentlichen Anleihen ergreifen, bei denen der Zinsendienst wieder aufzunehmen ist. Ebenso dringlich ist die Steuerreform, die eine Entlastung von Handel, Gewerbe und Industrie mit sich bringen muß, unter gerechter Verteilung der Lasten nach der Tragfähigkeit der Schultern.

Der Redner schloß mit einem ändernden Bekenntnis zur Republik und den Farben Schwarz-Rot-Gold, den Farben der alten Kämpfer von 1818 und 1848, deren Ideale auch die heutigen Demokraten sind: Einheit und Recht und Freiheit!

Lebhafte anhaltender Beifall der Versammlung, die den Ausführungen des Redners mit großem Interesse gefolgt war, bezeugte die einstimmige Zustimmung zu der bisher von der Deutschdemokratischen Partei verfolgten Politik und der die Versammlung leitende Buchdruckerbesitzer Selbmann nahm noch besonders Gelegenheit, dem Redner den wärmsten Dank auszusprechen.

Nach kurzer Pause sprach Herr Günther (Schwarz-weiß-rot) und beleuchtete die politischen Vorgänge bei der Revolution von seinem Standpunkte aus, fand aber dafür in der Versammlung keinen Resonanzboden. Das übrige besorgte Herr Nordstiel-Gemnitz, der den Deutschnationalen, Böhmisches, Hofenkreuzler und ähnlichen republikfeindlichen Gruppen einen Spiegel vorhielt, in dem die Herrschaften so dargestellt wurden, was sie tatsächlich sind, die wirklichen Feinde des Vaterlands, die durch ihr Waulheldentum und Revanchegeschrei nur die Politik eines Poincare unterstützen und ihm die Trümmer gegen Deutschland in die Hände gespielt haben. Nach dieser gründlichen Abrechnung, auf die die Hofenkreuzler nur mit völlig desinteressierten Zwischenrufen antworteten, konnte Herr Probus mit Rücksicht auf seine angegriffene Stimme auf das Schlußwort verzichten. Die Stimmung in der Versammlung und deren Verlauf läßt auch in Aue die Deutschdemokratische Partei mit zureichender Ruhe der Entscheidung am 7. Dezember entgegensehen.

Platzmarkt am 7. Dezember 1924, mittags 12 Uhr auf dem Markte, gespielt vom Posaorchor der Methodistengemeinde in Aue, anlässlich des 75jährigen Bestehens der Methodistengemeinde in Deutschland.

Musikfolge:

1. Ambrosianischer Lobgesang (Großer Gott, wir loben dich) F. Ritter, 1792.
2. Präkubium, S. Kunz.
3. Dank dem Herrn, Motette, G. Reithardt.
4. Dogologie (Ehre sei Gott in der Höhe), D. Bortniansky.
5. Jehovas großer Name, Motette, J. A. P. Schulz.
6. Gloria, Hymne, A. Rossow.
7. Festmarch.
8. Zwei Adventslieder: a) Nacht hoch die Tür, die Tor nacht weit! Frelingshausen, 1704. b) Hosanna! Davids Sohn kommt in Zion eingezogen, umbelant.

Sprechtag der Versorgungskasse. Am 16. Dezember 1924 findet im Stadthause zu Aue, Zimmer 2, Sprechtag der orthodoxen Versorgungskasse Zwidaau statt. Am 18. Dezember 1924 hält daselbst das Versorgungsamts Zwidaau Sprechtag ab.

Tafelbesuch und Servierkursus. Von unbefugter Seite war derselbe abbestellt. Wie wir hören, findet er nun bestimmt Montag, den 8. und Dienstag, den 9. Dezember zur festgesetzten Zeit im Klubzimmer des Kaffeehauses Rath statt.

Aufwertung von Sparguthaben. Es wird darauf hingewiesen, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die Anmeldebücher zur Aufwertung von Sparguthaben am 31. Dezember 1924 abläuft. Mit einer Verlängerung der Anmeldebücher ist nicht zu rechnen.

Warnung vor Wahlwindel. Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, beabsichtigen die Deutschnationalen, die mit außerordentlichen Geldmitteln der Schwerindustrie ausgestattet sind, noch in letzter Stunde über- all Flugblätter zur Verteilung zu bringen, die den Wählern geradezu strogen. Die Verteilung dieser Flugblätter soll frühestens Sonnabend abend und in den Sonntagstunden vorgenommen werden, so daß eine Widerlegung nicht mehr möglich ist. Diese deutschnationalen Wahlmanöver muß jedoch durchkreuzt werden. Mit dem Sieg der Demokratie liegt die Vernunft, daran können auch die deutschnationalen Wahlmanöver in letzter Stunde nicht ändern.

Kunst und Wissenschaft.

Graener-Abend in der Volkshochschule. Der interessante Abend bewies von neuem, daß Paul Graener in der vorderen Reihe der deutschen Konzepte der Gegenwart steht. Seine Werke fesseln durch reichen Stimmungswandel und klangliche Reize, haben durch dramatischen Schwung, lassen aufstrebend bei träumerischen Höhen, die unermittelt stürmischem Draufgehen folgen. Drei Berufene waren gekommen, um Graenersche Werke zu vermitteln: der hervorragende Violinmeister Hunger aus Leipzig, Führer des Dünker-Quartetts, selbst Schüler Graeners und Schöpfer von Kammermusikwerken, der bedeutende Cellist Scherell, Mitglied des Davidsohn-Quartetts und Lehrer am Leipziger Konservatorium, und Siegmund Wittig, Kapellmeister am Annaberger Stadttheater, ebenfalls ein Graener-Schüler, in Aue schon als ausgezeichnete Pianist bekannt. Die Künstler spielten eine Suite für Cello und Klavier, Werk 66 in Klavierausführung, eine Kammermusikübung für Violin, Cello und Klavier, Werk 20, eine Violinsonate mit Klavier Werk 68 und ein Trio, Werk 61. Der Violinmeister spielte wunderbar klar, mit sattem Klang und tiefer Befleckung, der Pianist auf dem Cello feinerartig, technisch meisterhaft und edel, der Pianist in voller künstlerischer Hingabe an seine ungemünzten schwierigen Aufgaben virtuos,